

# Die Wissenschaft Sachsen-Anhalts als Ressource im demografischen Wandel

Peer Pasternack

Eines der wichtigsten endogenen Potenziale Sachsen-Anhalts stellt die ansässige Wissenschaft dar. Das gilt nicht nur hinsichtlich der Entwicklung von regionalen Innovationsstrukturen (FuE), sondern auch im Blick auf die Expertise zum demografischen Wandel und zur Raumentwicklung. Diese Bedeutung ergibt sich aus einem einfachen Umstand: Von außen wird die notwendige Expertise nicht im erforderlichen Umfang zu bekommen sein, da der Außenblick auf Sachsen-Anhalt immer nur so etwas wie einen ‚interessanten Fall‘ entdeckt – also einen, der sporadisch, aber nicht dauerhaft Interesse zu wecken vermag.

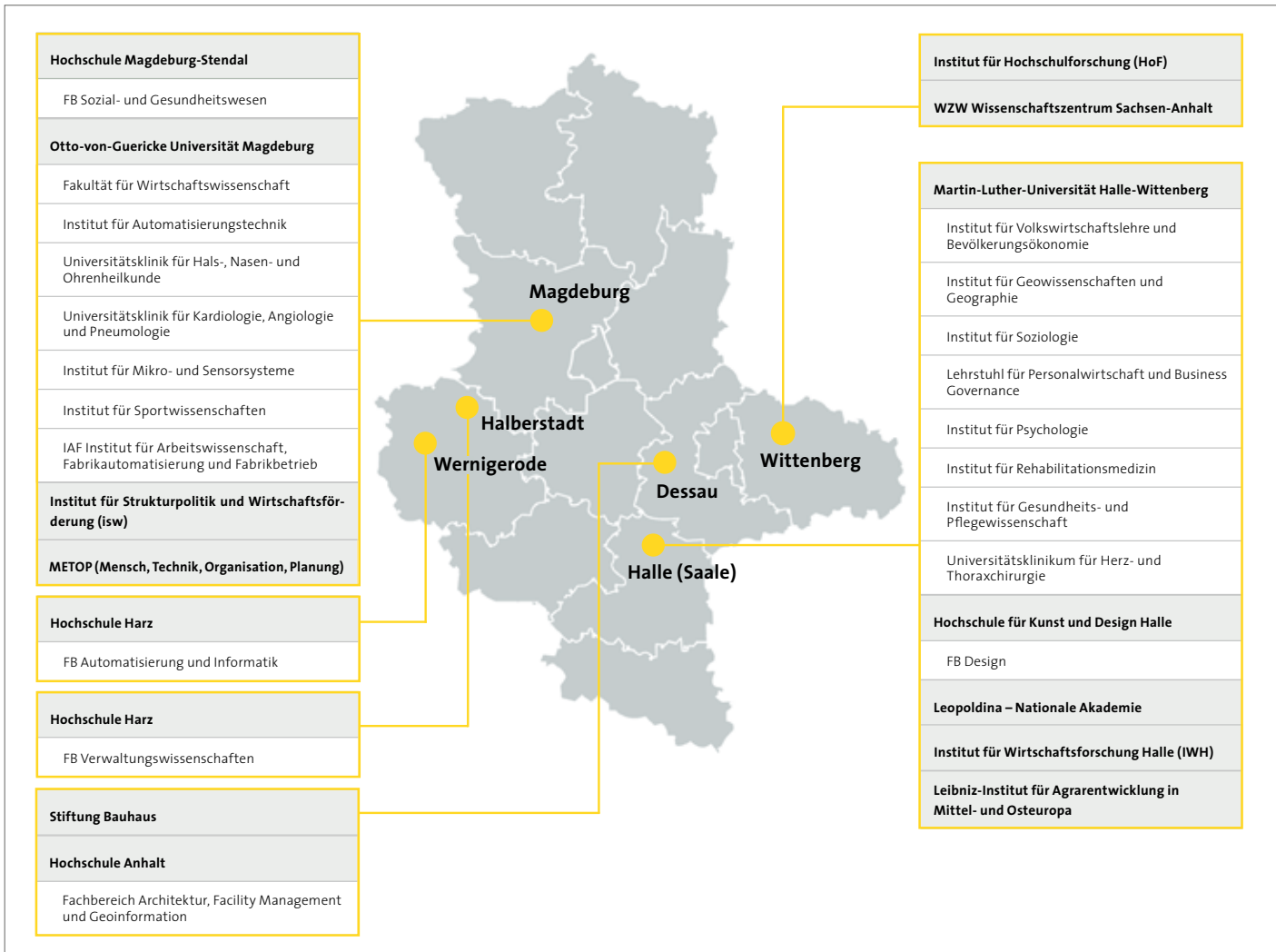
Daher arbeitet seit 2010 die Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“ beim WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg. Sie ist im Bemühen entstanden, einen misslichen Umstand einigermaßen auszugleichen: Sachsen-Anhalt ist zwar – neben Mecklenburg-Vorpommern – das am stärksten vom demografischen Wandel betroffene Land, aber es verfügt – anders als etwa Mecklenburg-Vorpommern – über kein für das Thema einschlägiges Forschungsinstitut.

Die Expertenplattform setzt sich aus zirka 50 Vertretern und Vertreterinnen unterschiedlicher Disziplinen zusammen. Deren Projekte befassen sich mit den Voraussetzungen des demografischen Wandels im allgemeinen und vor Ort sowie den damit verbundenen Herausforderungen und Handlungsoptionen. Behandelt werden u.a. die Themen nachhaltige Siedlungs- und Infrastrukturanpassung, regionale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Bildungs- und Qualifizierungsstrategien sowie familienfreundliche und alternssensible Wohn- und Lebensbedingungen. Die Themenbreite jedenfalls ist höchst beachtlich.

Wird diese näher in Augenschein genommen, so zeigt sich z.B., dass die Horizonte der Wissenschaft des Landes bereits deutlich die frühere Fokussierung auf das Thema Stadtumbau überschreiten. So spiegeln sich in den Forschungsprojekten etwa die Umstände wider, dass in Sachsen-Anhalt die kleineren und mittelgroßen Städte dominieren, und dass durch die siedlungsräumlichen Entwicklungen nicht das Land städtischer wird, sondern vielmehr die Städte ländlicher werden. Sofern keine Umsteuerungen geschehen, dürfte eine neue Sortierung der Raumdifferenzierung Sachsen-Anhalts eintreten: Anders als bisher stehen dann nicht mehr drei (potenzielle) Wachstumskerne – Magdeburg, Halle, Dessau – neben mehr oder weniger resonanzfähigen Peripherien. Vielmehr stünden zwei (potenzielle) Wachstumskerne – Magdeburg und Halle – neben einigen mittel- und kleinstädtischen Versorgungsinseln einerseits und infrastrukturell notversorgten ländlichen Räumen andererseits.

Einerseits demografische Schrumpfung, fragmentierte Entwicklungen der Regionen und die Verminderung finanzieller Spielräume, andererseits die beiden zentralen politischen Ziele „selbsttragende

Zum demographischen Wandel forschende Wissenschaftseinrichtungen in Sachsen-Anhalt



Entwicklung“ und „gleichwertige Lebensverhältnisse“: Vor diesem Hintergrund ist nach Optionen für die Regionalentwicklung zu fragen. Benötigt werden wirtschaftliche und soziale Stabilität. Die wirtschaftliche Stabilität ist eine Grundbedingung, um die Einnahmensituation der öffentlichen Haushalte zu verbessern, und erfordert eine Steigerung des technisch-technologischen Innovationsgeschehens. Die gesellschaftliche Stabilität ist erforderlich, um die öffentlichen Ausgaben für nachsorgende Problembearbeitungen zu begrenzen, und erfordert soziale Innovationen. Dabei werden, spätestens mit dem Auslaufen der Regeltransfers in den Landeshaushalt, vornehmlich endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen sein.

Mitunter wird versucht, die Folgen dieser Prozesse jenseits des grassierenden Demografie-Alarmismus zu formulieren. Der demografische Wandel müsse als Chance begriffen werden, heißt es dann. Daran ist zunächst und in jedem Falle eines richtig: Was ohnehin passiert, sollte zumindest daraufhin geprüft werden, ob es auch Chancen birgt.

Zugleich muss das politische Ziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ angemessen übersetzt werden. Zu vermeiden sind dabei unrealistische Erwartungen, die von vornherein eine politische

Zielverfehlung programmieren würden. Bislang orientiert sich der Vergleich zwischen west- und ostdeutschen Lebensverhältnissen an formalen Parametern wie individuellen bzw. Familieneinkommen, Beschäftigungsquoten oder kommunalen Finanzausstattungen. Diese Perspektive stellt auf Messbares ab. Sie verfehlt aber u.U. das, was mit Einkommen, Beschäftigung und kommunaler Leistungsfähigkeit erreicht werden soll: Lebensqualität.

Die üblichen Kriterien, die quantitatives Wachstum indizieren – Produktivitätszuwächse, Wirtschaftswachstum, Einkommenserhöhungen, Bildungsexpansion usw. –, bilden keine Selbstzwecke ab. Vielmehr sind sie metrische Hilfskonstruktionen, mit denen versucht wird, in den Blick zu bekommen, worum es eigentlich geht: Lebenschancen und Lebenszufriedenheit, d.h. Lebensqualität zu sichern und entwickeln. Dies korrespondiert zwar durchaus mit dem, was die quantitativen Parameter abbilden, geht darin aber nicht auf. Mit der Nutzung einer Lebensqualitäts-Perspektive kann vermieden werden, dass einzelne Indikatoren mehr oder weniger willkürlich herausgegriffen werden, um mit derart sichtbar werdenden regionalen Ausstattungs- oder Entwicklungsungleichheiten nicht gleichwertige Lebensverhältnisse zu belegen.

Lebensqualität entsteht grundsätzlich aus dem Zusammenspiel vielfältiger Aspekte, die nur in ihrer Gesamtwürdigung einen Vergleich mit anderen (z.B. westdeutschen) Regionen ermöglichen. Zu unterscheiden sind dabei die objektive Lebensqualität, ausgedrückt in statistisch messbaren Indikatoren für Lebensbedingungen – Klima, Wohnumfeld, Lebensstandard, Beschäftigung, Freizeitangebote, Kultur- und Bildungsangebot, medizinische Versorgung und Gesundheitsangebote – sowie die subjektive Lebensqualität – entstehend durch die individuelle Verarbeitung und Bewertung der objektiven Lebensqualität und beeinflusst durch Faktoren wie soziale Bindungen, Möglichkeiten politischer Mitsprache, Zukunftsbewertung oder überindividuelle Aspekte wie Freiheit, Solidarität, soziale und intergenerationale Gerechtigkeit.

Zentrale Fragen, die sich in dieser Perspektive stellen, sind dann: Wie entwickelt sich Lebensqualität in Schrumpfungsprozessen? Wie wird Lebensqualitätsentwicklung durch Schrumpfungprozesse beeinflusst? Welche Möglichkeiten gibt es, um Lebensqualität trotz schrumpfungbedingter Begrenzungen zu sichern und zu steigern?

An der Beantwortung dieser Fragen wirkt die Wissenschaft des Landes intensiv mit. Sie erbringt vielfältige Beratungsleistungen und klärt die Grundlagen der ablaufenden Prozesse auf, etwa indem sie diese in internationale und überregionale Entwicklungen einordnet. Mit der vorliegenden Publikation präsentieren sich die einschlägigen Projekte im Überblick. In kurz gefassten und übersichtlich aufgebauten Artikeln werden Ergebnisse sowie Handlungsoptionen formuliert, die in Forschungsprojekten der jüngeren Zeit gewonnen werden konnten.

Es zeigt sich: Nahezu jedes Thema, das im Zuge des demografischen Wandels Relevanz gewinnt, wird an mindestens einer Hochschule oder außeruniversitären Forschungseinrichtung des Landes wissenschaftlich bearbeitet. Diese Expertise künftig noch stärker als bisher zu nutzen, erscheint als ein Gebot der Klugheit. Die Publikation hat ihren Zweck erfüllt, wenn sie dazu beiträgt, den Weg zwischen Praxisakteuren und Wissenschaftlern zu verkürzen.